



öffentlich

Betreff:

Versand von Post durch private Anbieter

Einreicher: Fraktionen FDP/Familien-Partei, SPD

Erstellungsdatum 12.08.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.09.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie viel Kosten in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam eingespart werden können, wenn der Versand von Post komplett durch private Anbieter erfolgt. Bei Vergabebedingungen sind Kriterien wie die Einhaltung des Mindestlohnes der Post mit zu berücksichtigen. Das Einsparpotential ist den Stadtverordneten zur Novembersitzung darzulegen.

gez. Martina Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende FDP/Familien-Partei

Mike Schubert
Fraktionsvorsitzender SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mittlerweile gibt es neben der Deutschen Post mindestens zwei private Anbieter für die Zustellung von Briefpost. In Zeiten knapper finanzieller Ressourcen bietet sich die Nutzung kostengünstigerer Anbieter an.